



Zeichenerklärung

	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches	§ 9 Abs. 7 BauGB
	Bauland	§ 23 BauNVO
	nicht überbaubare Grundstücksfläche	
	Nutzungsplattone	Nutzungsplattone
	Allgemeines Wohngebiet	§ 4 BauNVO
	Vollgeschoss	§ 16 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO
	Grundflächenzahl	§ 19 BauNVO
	Geschossflächenzahl	§ 20 BauNVO
	offene Bauweise	§ 22 Abs. 2 BauNVO
	Straßenverkehrsflächen, Fahrbahnlflächen	§ 9 Abs. 11 BauGB
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen	§ 1 Abs. 4 BauNVO
	Hinweise:	
	Erfüllende Baugrenze	
	Bestehendes Gebäude	
	Bestehende Grundstücksgrenze	
	Flurstücksnummer	
	geplante Grenze	

Mit Ausnahme der im Folgenden aufgeführten Ergänzungen gelten die planungsrechtlichen Festsetzungen und die örtlichen Bauvorschriften des Bebauungsplans "Bachstraße/Brunnenwiesen" i.V. 26.05.1972.

Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 Abs. 1 BauGB und BauNVO)

Flächen für die Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB)

Niederschlagswasser von Dachflächen sind soweit möglich zu versickern oder ortsnah in einen Vorfluter einzuleiten. Die genau anzusetzende Drosselsperre ist im Vorfeld der Entwässerungsplanung mit dem Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz abzustimmen.

Das Niederschlagswasser der Pkw-Parkplatzflächen muss über einen offenporigen Belag versickert werden. Ein direkter Anschluss der Pkw-Parkplatzflächen über ein

Rohrsystem an den Vorfluter ist nicht zulässig. Für Stellplatzflächen, die mit offenporigen Material ausgeführt werden, muss durch Aufkantungungen sichergestellt werden, dass diesen kein Oberflächenwasser der Straßen- bzw. Hofbereiche zufließen kann.

Für Neubauten ist zu prüfen, ob Niederschlagswasser versickert werden kann. Oder durch eine Dachbegrünung, die mit einer Extensivbegrünung, mit einer Oder Vegetationsschicht von mind. 10 cm und einer Wasseraufnahmekapazität von mind. 35 l/m² im Gesamtaufbau (Herstellernachweis erforderlich) zurückgehalten werden kann.

Sollte eine Regenwasserrückhaltung durch eine Dachbegrünung nicht zur Ausführung kommen, so muss das durch die Dachbegrünung nicht erstellte Retentionsvolumen durch eine anderweitige Retentionsmaßnahme (z.B. Retentionszisterne oder Rigole oder sonstige Anlage) auf dem Grundstück zur Verfügung gestellt werden.

Vor Planung einer Niederschlagswasserversickerung ist zu prüfen, ob die örtlichen Verhältnisse hierfür geeignet sind. Zur Beurteilung ist dem Amt ein bodenkundliches/hydrologisches Gutachten vorzulegen.

Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

Unter Berücksichtigung folgender Maßnahmen zur Vermeidung und zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (CEF-Maßnahmen) werden Verbodstbestände gemäß §44 BNatSchG nicht berührt.

- V 1 Baustelleneinrichtung
Während der Bauphase werden durch Baubetrieb (Menschen und Maschinen) sowie Baustelleneinrichtung, -lagerflächen, -zufahren und -verkehr, vor allem durch Lärm und Erschütterungen, Beeinträchtigungen verursacht, die sich durch Lebensraumverlust, Störungen und Verdrängungseffekte negativ auf seine Bewohner auswirken. Anlage und Betrieb der Baustelleneinrichtungen sind deshalb auf ein möglichst kleines Areal zu begrenzen, ohne weitere Inanspruchnahme von Bereichen außerhalb der Baulfläche, die ggf. mit einem Bauzaun abzugrenzen ist.
- V 2 Bauzeilenbeschränkung Vögel
Eingriffe in vorhandene Gehölz- oder Vegetationsbestände sind außerhalb der Brutzeit in einem Zeitraum ab 1. Oktober bis Ende Februar vorzunehmen - die mit einer baubedingten Zerstörung von Brutstätten und Quartieren verbundene Tötung potentiell anwesender Jungtiere kann so vermieden werden. Eine Gefahr für Alttiere besteht nicht, diese können ausweichen.
- V 3 Vogelschlag-Risiko vermindern
Anlagebedingt können Tiere durch technische Anlagen, Barrieren oder Fallen geschädigt oder getötet werden. Besonders groß ist das Risiko, dass besonders geschützte Vogelarten durch Kollision an Glasflächen, verstärkt durch Spiegeglung von Vegetation und zusätzliche Lichteffekte, zu Tode kommen. Auf das Vogelschlag-Risiko und vorbeugende Maßnahmen - durch großflächige und dichte Markierungen von Glasflächen (außenseitiges Anbringen z.B. von Punktrastern mit mindestens 25 % Deckungsgrad) - ist hinzuweisen (SCHMID et al 2012). Zudem sollten Außenbeleuchtungen vermindern bzw. umweltfreundlich installiert und Lichtmissionen verringert werden.
- V 4 Vermeidung Lichtmissionen - insektenfreundliche Leuchtmittel
Um eine Störung von Fledermausarten durch Licht möglichst auszuschließen, was auch allgemein dem Schutz nachtaktiver Tiere wie etwa Vögel und Schmetterlingen zu Gute kommt, sollten UV-freie, insektenfreundliche Beleuchtungsmittel wie etwa LED-Beleuchtung verwendet werden.

Hinweise

1. Wasserwirtschaft und Grundwasserschutz
Dauernde Grundwasserabflutungen sind nicht zulässig. Bauteile, die in den Grundwasserbereich einbinden sind bis zu einem vom Amt zu definierenden Bemessungswasserstand als wasserdichte, aufreibssichere Wanne auszubilden.

Für bauzeitliche Grundwasserabsenkungen ist beim Landratsamt Esslingen - untere Wasserbehörde - eine wasserrechtliche Erlaubnis zu beantragen. Pläne und Beschreibung sind dem Antrag beizufügen.

Die Durchführung einer Baugrunderkundung wird empfohlen. Die Erkundung ist dem Amt gemäß § 43 WG anzuzeigen.

2. Baugrunderkundung
Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planung oder von Bauarbeiten werden objektbezogene Baugrunderkundungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.

3. Bauvorlagen/Pflanzplan
Für alle Bauvorhaben müssen die Bauvorlagen einen Freiflächengestaltungsplan enthalten mit Angaben über befestigte Flächen (Zufahren, Zugänge, Stellplätze) sowie Pflanzflächen mit Pflanzvorschlügen und Einfriedigungen.
Im einzureichenden Pflanzplan ist die Pflanzung von mindestens zwei heimischen Laubbäumen oder Obsthochstämmen nachzuweisen.

4. Artenschutz
Die Maßnahmen und Allgemeine Empfehlungen aus der Habitatpotentialanalyse sind zu beachten.

5. Altlasten
Bodenproben sind nicht bekannt. Beim Auffinden von Verunreinigungen des Untergrundes ist die zuständige Behörde (Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz) beim Landratsamt Esslingen einzubeziehen und ggf. Erkundungs- bzw. Sanierungsmaßnahmen durchzuführen.

Verfahrensvermerke:

Aufstellungsbeschluss durch den Gemeinderat	12.12.2017
§ 2 Abs. 1 BauGB gem. § 13 a BauGB	
Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses	22.12.2017
§ 2 Abs. 1 BauGB	
Zustimmung zum Entwurf	12.12.2017
Ortsübliche Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung	22.12.2017
Öffentliche Auslegung	vom 08.01.2018 bis 09.02.2018
§ 3 Abs. 2 BauGB	
Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange § 4 Abs. 2 BauGB	vom 22.12.2017 bis 09.02.2018
Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes
§ 10 Abs. 1 BauGB i.V.m. §4 GemO/BW	
Inkrafttreten des Bebauungsplanes durch ortsübliche Bekanntmachung § 10 Abs. 3 BauGB

2. Änderung "Bachstraße/Brunnenwiesen" nach § 13 a BauGB

Ausfertigungsvermerk:
Die Über einstimmung dieses Bebauungsplans -zeichnerischer und schriftlicher Teil- mit dem vom Gemeinderat beschlossenen Bebauungsplan wird bestätigt.
Das Bebauungsplanverfahren wurde nach den gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt.
Hochdorf, den

Gerhard Kutler
Bürgermeister



Gemeinde: Hochdorf
Gemarkung: Hochdorf

1. Der Geltungsbereich der Änderung beschränkt sich auf das Flurstück 72.

2. Die textlichen Festsetzungen erfahren keine Änderung und gelten somit weiterhin.

3. Das Verfahren wird nach den aktuellen Rechtsgrundlagen nach § 13 a BauGB durchgeführt.

Gefertigt:
Kirchheim/Teck, den 21.11.2017/27.03.2018



Geotek Ingenieure GmbH
Carl-Zeiss-Str. 31
73230 Kirchheim u. T.
Tel. 07021 / 9228-0
Fax 07021 / 9228-21

Rechtsgrundlage für das Verfahren des Bebauungsplans
- das Baugesetzbuch (BauGB), d. Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808) geändert worden ist.